

Für den Erhalt unserer Grundrechte

Presseerklärung zur Demonstration „Krieg ist Frieden – Überwachung ist Sicherheit“

Unter dem Motto „Krieg ist Frieden – Überwachung ist Sicherheit“ findet am Samstag den 21. Juni in Rosenheim eine Demonstration gegen die geplante Verschärfung des Versammlungsrechts durch die CSU Staatsregierung sowie gegen den zunehmenden Überwachungsstaat in Form der Vorratsdatenspeicherung, der Online-Durchsuchung, Wohnraumüberwachung, Speicherung biometrischer Daten im Ausweis, Speicherung von Autokennzeichen, des geplanten Einsatzes der Bundeswehr im Innern, etc. statt.

Das geplante bayerische Versammlungsgesetz führt zu massiven Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Sollte dieses Gesetz Wirklichkeit werden könnten gemeinsame Fahnen, Kleidung oder Anstecker gegen das sogenannte Militanzverbot verstoßen und somit aufgelöst werden. Dazu können auch gewerkschaftliche Versammlungen zählen. Des weiteren können schon zwei Personen, die eine gemeinsame Meinungsäußerung im öffentlichen Raum kundtun, als anmeldungspflichtige Versammlung betrachtet werden. Der Polizei (sic!) soll es auch ermöglicht werden den/die Versammlungsleiter_in als ungeeignet oder unzuverlässig abzulehnen und die Versammlung somit zu beenden. Dies sind nur einige der geplanten Einschränkungen unserer demokratischen Grundrechte, die der Willkür Tür und Tor öffnen. Die CSU Staatsregierung will dieses Gesetz noch vor der Sommerpause in Landtag beschließen. Dies gilt es zu verhindern.

Doch dieses Gesetz ist nur der Höhepunkt einer Reihe von geplanten oder bereits beschlossenen Gesetzesänderungen. Die Vorratsdatenspeicherung ermöglicht es staatlichen Behörden, bis zu einem halben Jahr jede Telefon-, Internet- und Handyverbindung zurückzuverfolgen. Das geplante BKA Gesetz, das die bayerische Staatsregierung nun in verschärfter Form in den Bundesrat eingebracht hat, soll neben der Online-Durchsuchung auch die akustische und visuelle Überwachung vom Wohnraum Verdächtiger oder deren Verwandten und Bekannten ermöglichen.

Weitere Maßnahmen sind die Speicherung biometrischer Daten, die Speicherung sämtlicher Autokennzeichen auf Autobahnen, der geplante Bundeswehreininsatz im Innern, die Verschmelzung von Polizei und Geheimdiensten ...der Staat rüstet auf.

Begründet werden diese Maßnahmen mit einer permanenten abstrakten Terrorgefahr oder mit dem Kampf gegen Extremisten_innen. Dabei ist kein Ende der Verschärfungen zu erkennen. Der Schaden, den unsere Demokratie erleidet, wird billigend in Kauf genommen. Betroffen sind selten Terrorist_innen oder Schwerstkriminelle, sondern meist marginalisierte Gruppen wie Hartz IV Empfänger_innen, die durch Kontenabfragen kontrolliert werden oder soziale Bewegungen, wie im Vorfeld vom G8 Gipfel zu sehen war. Aber auch der besondere Vertrauensschutz von Ärzt_innen, Journalist_innen oder Rechtsanwält_innen wird ausgehöhlt.

Um dieser Entwicklung etwas entgegen zu setzen und für den Erhalt unserer Grundrechte zu kämpfen, veranstaltet ein Bündnis aus attac Rosenheim, Die Linke – Kreisverband Rosenheim, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rosenheim, Infogruppe Rosenheim und junge GEW Rosenheim und Einzelpersonen am 21. Juni eine Demonstration.

Es wird verschiedene Redebeiträge zu den Themen Versammlungsfreiheit, Überwachung und Einschränkung der Grundrechte geben.

Die Auftaktkundgebung ist um 11:30 Uhr auf der Loretowiese.

Die Abschlusskundgebung wird um ca. 14:45 Uhr am Max-Josef-Platz sein